

Ministerin und Scholz-Gattin tritt zurück

■ Potsdam (AFP). Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) ist nach fast sechs Jahren von ihrem Amt zurückgetreten. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) gab einem Rücktrittsgesuch der Ehefrau von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) statt. Die 62-Jährige begründete den Schritt mit mangelnder Unterstützung in der eigenen Partei für ihre Pläne gegen den Lehrermangel.

Die gebürtige Hamburgerin war seit 2017 Landesministerin für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Zuletzt wurde Ernst für ihre Pläne zu Stellenbesetzungen an Schulen nicht nur von der Gewerkschaft GEW und Elternverbänden, sondern auch aus den eigenen Reihen kritisiert. Das Bildungsministerium hatte angekündigt, 200 offene Lehrerstellen ab nächstem Schuljahr für zusätzliche Schulasistenten und Schulsozialarbeiter umzuwidmen. „Diese Pläne haben leider nicht die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion gefunden“, hieß es in einer persönlichen Erklärung von Ernst. Die anstehenden Herausforderungen im Bildungsbereich könnten aber „nur mit maximaler Geschlossenheit“ bewältigt werden. „Diese Geschlossenheit ist nicht mehr gegeben“, erklärte sie.

Woidke äußerte sein Bedauern über den Schritt und würdigte die Arbeit der 62-Jährigen. Ernst habe das Amt in schwierigen Zeiten „mit Weitblick, Mut, aber auch dem nötigen Durchsetzungswillen getragen“, sagte der Ministerpräsident in Potsdam und verwies dabei unter anderem auf die Corona-Pandemie.



Britta Ernst (SPD), bisher Bildungsministerin in Brandenburg, ist zurückgetreten. Foto: dpa

Nachfolger an der Spitze des Bildungsministeriums soll der bisherige Bildungsstaatssekretär Steffen Freiberg (SPD) werden. Er soll am 10. Mai im Landtag vereidigt werden und führt die Behörde bis dahin kommissarisch. Der CDU-Fraktionschef im Brandenburger Landtag Brandenburg, Jan Redmann, zollte Ernst „Respekt“ für ihren Rücktritt. Sie habe „einige Zöpfe sozialdemokratischer Bildungspolitik wie beispielsweise das Schreiben nach Gehör abgeschnitten“. Die CDU regiert in Brandenburg gemeinsam mit SPD und Grünen.

Die seit 1998 mit Olaf Scholz verheiratete Ernst legte stets Wert auf ihre politische Eigenständigkeit und agiert seit dem Einzug von Scholz ins Kanzleramt nicht als die klassische First Lady. Ihr Schwerpunkt lag auch weiterhin auf ihrem Amt als Bildungsministerin in Brandenburg, das sie im September 2017 übernahm. Die gelernte Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft und studierte Sozialökonomin ging 2017 nach Brandenburg und übernahm das dortige Bildungsressort.

Vom Hoffnungsträger zum Buhmann

Frankreichs Präsident hält trotz aller Widerstände an seiner umstrittenen Rentenreform fest. Mehr als zwei Drittel der Franzosen ertragen seine eiserne Unbeirrbarkeit nicht mehr.

Peter Heusch

■ Paris. Es war einer dieser Auftritte, der zahlreiche Franzosen auf die Palme bringt. Während am vergangenen Donnerstag zum zwölften Mal innerhalb von drei Monaten Hunderttausende Menschen in allen größeren Städten der Grande Nation gegen die Rentenreform ihres Präsidenten demonstrierten, machte Emmanuel Macron überdeutlich, wie wenig ihn die Proteste tangieren. Auf Staatsbesuch in den Niederlanden, wo er in La Haye eine Rede über die Zukunft Europas hält, erklärt er die Reform kühl als unerlässlich für die Autonomie Europas.

Europäische Selbstständigkeit, so Macron, könne nur Wirklichkeit werden, wenn seine Rentenreform gelinge und die Partner im Ausland neues Vertrauen in Frankreich schöpften. „Wie etwa kann ich unsere deutschen Freunde überzeugen, wenn ich nicht ein wenig Ordnung in unsere Finanzen bringe?“, wirft er entspannt lächelnd ins Publikum.

Die Botschaft, die daheim ankommt, ist fatal. Anscheinend ist es Macron wichtiger, die Deutschen zu überzeugen als seine eigenen Landsleute. Diese nämlich, die er schon 2018 bei einem Besuch in den Niederlanden als widerspenstige Gallier titulierte, scheidet der Präsident als ohnehin unbeherrschbar anzusehen. Es würde erklären, warum Macron immer wieder seine gesamte Machtfülle ausspielt, um die Franzosen seinem Reformwillen zu unterwerfen.

Unbeirrbarer Zielstrebigkeit ist schon seit seinem Amtsantritt vor sechs Jahren das Markenzeichen dieses Präsidenten. Wobei sich der der junge Strahlemann, der 2017 als Hoffnungsträger die Wähler und den Elysée-Palast im Handstreich eroberte, in kürzester Zeit als ein von oben herab regierender „Jupiter“ entpuppte, der sein Vorhaben, Frankreich zu modernisieren, knallhart durchzieht. Er lockerte den Kündigungsschutz, schränkte die Vermögenssteuer ein, senkte die Steuern für Unternehmen wie Haushalte, kürzte die Arbeitslosenunterstützung und förderte die



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht über seine Vision von der Zukunft Europas in den Niederlanden, während sich daheim in Frankreich die Wut über seine Rentenreform in Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizei Bahn bricht. Foto: dpa

Ausbildung, insbesondere die Lehre – beinahe ausnahmslos Reformen, die als undurchführbar gegolten hatten.

Wie die Rentenreform drückte Macron einen Teil dieser liberalen Strukturreform per Verordnung durch. Neu ist die in der Verfassung verankerte und das Parlament kurzschließende Methode nicht, aber höchst unpopulär. Sehr rasch geriet das junge Staatsoberhaupt in den Ruf, ein Präsident der Reichen zu sein und seine Selbstsicherheit wurde ihm als Arroganz ausgelegt. Aber auf der anderen Seite standen die unbestreitbaren Erfolge des neuen Kurses. Unter Macron fand Frankreich aus einer seit einem Jahrzehnt andauernden Wirtschaftskrise, sank die Arbeitslosigkeit von zehn auf sieben Prozent, stiegen Kaufkraft wie Auslandsinvestitionen.

Es kam hinzu, dass der Präsident das Land relativ gut durch die Pandemie steuerte und es verstand, nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs

die Inflation vergleichsweise niedrig zu halten. In beiden Fällen gelang ihm das mit eigenmächtigen Entscheidungen und entgegen des Rats der Experten. So ließ er schon im Mai 2020 Schulen wie Universitäten wieder öffnen und den Preissteigerungen nahm er mit einer Deckelung der Strom- und Gaspreise die Spitze. Die Franzosen wussten also, warum sie ihn im Frühjahr 2022 wiederwählten.

Allerdings verweigerten ihm die Wähler wenige Wochen später eine absolute Parla-

mentsmehrheit. Es war ein erstes, ernsthaftes Warnzeichen und der Versuch, Macron zur Konsenssuche zu bewegen. Vergeblich. Der Präsident peitschte die Rentenreform wie gehabt ohne jede Rücksichtnahme auf Opposition, Gewerkschaften oder Volkes Stimme (70 Prozent aller Bürger und 80 Prozent der Arbeitnehmer lehnen sie ab) durch.

Der Verfassungskonvent hat die Reform am Freitag in ihren wesentlichen Punkten abgesegnet und der Präsident setzte sie mit seiner Unterschrift

prompt, sprich noch in der Nacht auf Samstag in Kraft. Nur sieht es ganz und gar nicht so aus, als könnte Macron jetzt einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Diesmal wollen sich die Franzosen nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Das belegen die gewalttätigen Ausschreitungen, zu denen es am Freitagabend in Paris, Rennes, Nizza oder Nantes kann, ebenso wie der Aufruf der Gewerkschaften zu erneuten Massendemonstrationen am 1. Mai.

Gestern Abend kündigte Macron in einer Fernsehansprache an, den Dialog mit den Gewerkschaften über bessere Arbeitsbedingungen zu suchen. Ein beinahe aussichtsloses Unterfangen angesichts der aufgetauten Wut und der schlechten Meinung, die er inzwischen bei seinen Landsleuten hat. Nur noch 28 Prozent der Franzosen halten ihn für einen guten Präsidenten. Für die meisten der übrigen 72 Prozent ist er hingegen zum Buhmann der Nation geworden.

Topfgeschlagen-Protest

◆ Mit lautem Topfgeschlagen vor Rathäusern in Frankreich protestierten während einer Fernsehansprache von Präsident Emmanuel Macron Kritiker gegen dessen Rentenreform. Dem Aufruf der Organisation Attac zu dem Protest schloss sich die

Linkspartei in Frankreich an.

◆ Monatlang habe Macron kein Ohr für die Bevölkerung gehabt, nun wolle man dem Präsidenten während seiner Ansprache auch kein Gehör schenken, lautet die Argumentation der Kritiker.

Trauerfeier für Antje Vollmer mit Schröder und Köhler

Abschied von Bielefelder Ex-Bundestagsvizepräsidentin und Theologin mit Gottesdienst in Berlin-Pankow.

■ Berlin (dpa). Einen Monat nach dem Tod der früheren Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer haben Angehörige, Freunde und Politiker in Berlin Abschied genommen. Zum Trauergottesdienst in der Alten Pfarrkirche Pankow kamen am Montag unter anderem der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder, der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler und die früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse und Rita Süssmuth.

Die Grünen-Politikerin und Theologin Vollmer – geboren in Lübbecke – war Mitte März nach langer Krankheit im Alter von 79 Jahren in Bielefeld gestorben. Im Gottesdienst erinnerte der Jesuitenpater Klaus Mertens an die pazifistische Grundhaltung Vollmers, die sich nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gegen Waffenlieferungen an Kiew ausgesprochen hatte. Die von der Bundesregierung und ihrer Partei vollzogene „Zeitenwende“ habe Vollmer als Abkehr



Alexander von Bismarck und Rita Süssmuth (CDU).



Trauergottesdienst in der Alten Pfarrkirche Pankow.



Grüner Weggefährte und Ex-Umweltminister Jürgen Trittin.



Horst Köhler, Bundespräsident a.D., Alt-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) mit seiner Ehefrau So-yeon Schröder-Kim und Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagspräsident a.D. nahmen Abschied. Fotos: dpa

Schröder-Köpf schwärmt von Ex-Boris Pistorius

■ Hannover (dpa). Einst waren sie ein Paar – inzwischen sind sie getrennt – doch Doris Schröder-Köpf lobt Verteidigungsminister Boris Pistorius auch heute noch in den höchsten Tönen. „Er ist die perfekte Verbindung aus Erfahrung und Offenheit, Erdung und Vorstellungskraft, Verantwortungsgefühl und Großzügigkeit“, schrieb die 59-Jährige in einem Gastbeitrag für die „Bild“, der unter der Überschrift „Darum lieben alle Boris“ erschien.

Die Ex-Frau von Altkanzler Gerhard Schröder (79) war von 2016 bis 2022 mit Pistorius (63) liiert, der im Januar sein Amt im Bund übernommen hat. Vorher war er lange Innenminister in Niedersachsen, Schröder-Köpf von 2013 bis 2022 Migrationsbeauftragte des Landes, beide sind in der SPD.

„Er hinterlässt weder politisch noch privat verbrannte Erde. Er ist meinungs- und führungsstark, die Frauen im Verteidigungsministerium können sich darauf verlassen, dass er ihre Interessen sieht und ihre Begabungen fördert“, schrieb Schröder-Köpf weiter.

In dem Beitrag verrät sie, dass er auch „(wenige, kleine) Schwächen“ hat, etwa für Süßes. „Von ihm habe ich gelernt, dass es einen „Nachtschmagen“ gibt – vor allem für Baiser und Tiramisu.“

In letzten Umfragen, etwa im ARD-Deutschlandtrend aus der ersten Aprilwoche, lag der Bundesverteidigungsminister (SPD) bei der Bewertung des Spitzenpersonals der Bundesregierung mit 53 Prozent vorne. Auch im ZDF-Politbarometer wurde Boris Pistorius an Platz eins gelistet.



Doris Schröder-Köpf (SPD), Landtagsabgeordnete in Niedersachsen. Foto: dpa

Papst-Sekretär Gänswein noch immer ohne Job

■ Rom (dpa). Der ehemalige Privatsekretär von Papst Benedikt XVI., Georg Gänswein, weiß noch immer nicht, wie es mit ihm in der katholischen Kirche weitergehen wird. Eine Entscheidung über seine künftige Aufgabe durch Papst Franziskus stehe weiterhin aus, sagte der deutsche Kurienerzbischof. „Auch ich bin neugierig. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich neugierig bin, wann und was er mir sagen wird. Ich kann nur abwarten.“ Gänswein versicherte, er werde jede neue Aufgabe annehmen, die ihm der Pontifex geben wolle. „Er ist der Papst. Ich bin sein Bischofssohn, der das akzeptieren wird, was er mir geben will“, sagte er. Seit dem Tod von Benedikt XVI. an Silvester 2022 wartet der 66-Jährige darauf, dass ihm der Papst eine neue Aufgabe zuweist. Franziskus empfing Gänswein bereits zweimal in einer Privataudienz.

von dem empfunden, wofür sie eingestanden sei. Für sie sei das eine politische Niederlage gewesen, sagte Mertens. „Sie saß zwischen den Stühlen.“

Die promovierte Theologin war zwischen 1994 und 2005 Bundestagsabgeordnete ihrer Partei und Vizepräsidentin des Bundestags. Seit 1985 war sie Mitglied der Grünen. Zur Trauerfeier kamen auch die heutige Bundestagsvizepräsidentin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, und Ex-Umweltminister Jürgen Trittin.

Vollmer hatte sich in den 1980er Jahren auch für einen Dialog mit inhaftierten RAF-Häftlingen engagiert. Auch in der eigenen Partei war sie zeitweise umstritten. So wandte sie sich etwa gegen den deutsch-deutschen Einheitsvertrag, der ihrer Meinung nach die Einheit auf die „teuerste nur mögliche Weise“ herstellte. Bereits früh knüpfte sie Beziehungen nach Ostberlin. Die Feier in Pankow sei ihr ausdrücklicher Wunsch gewesen, hieß es.